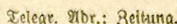


Fernsprecher Nr. 27



Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Donnerstag, den 21. September 1933

26. Jahrgang.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen für die Winterarbeit der Reichsregierung

„Es gab zu Beginn dieses Jahres Wochen, in denen wir haarsträubend am Rande des bolschewistischen Chaos vorbeigekommen sind.“

Schon Ausgang 1932 befand sich die Kommunistische Partei mit ihren Terror- und Affaktionsorganisationen gleichsam im permanenten Alarmzustand. Zu Beginn des Jahres 1933 war allen kommunistischen Aktivisten bekannt, daß jeden Tag der Aufstehensbefehl ertönen konnte. Die Entladung von Bränden in wichtigen öffentlichen Gebäuden zu einer bestimmten Stunde sollte das Signal zum Übergehen auf den ganzen Linie sein. Das durch einen mündlichen Befehl oder durch die Nervosität einzelner Affaktionäre der Brand des Reichstages vorzeitig in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 gelegt wurde, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Tatsache ist jedenfalls, daß der Brand des Reichstages das Sturmsignal sein

sind Anhaltspunkte dafür, daß Torgler als Fraktionsführer der Kommunistischen Reichstagsfraktion irgendwie seine Hand im Spiel gehabt haben muß.

Die Entlassungs- und Verschleierungssaktion derer um Grzelnyski, Herk, Bernhard und Genossen wird aber durch-
aus verständlich, wenn man in den Anweisungen des kom-
munistischen Aktionskomitees „An alle Abteilungsstäbe“ u. a.
folgende Anordnung findet: „Ständige Verbindung
mit dem Reichsbanner, Formationen und Komman-
dos; dort ist die Stimmung günstig.“ Und ferner aus dem
Warmbefehl des Kampfbundes gegen den Faschismus vom
30. Januar die Bestimmung: „Sofort Verbindung aufneh-
men mit den Kameradschaften und Abteilungen des
Reichsbanners, die ebenfalls in Warm-
bereitschaft liegen, ihnen sagen, wo sie uns erreichen
können.“

Nicht das, was die fünf Angeklagten in Leipzig aus-
sagen werden, ist für die Beurteilung des Falles maßgebend,
sondern das, was aus dem vorhandenen Beweismateria-
l mit aller Deutlichkeit hervorgeht: Kommunisten, Sozialdemo-
kraten, Sozialisten und Juden aller Schattierungen des In-
- und Auslandes hatten ein Interesse daran, die national-
sozialistische Regierung zu beseitigen. Daß ihnen das nicht
gelingt, daß diese Regierung Adolf Hitlers vielmehr mit die-
sen Tödeleinden des deutschen Volkes ausgeräumt hat und
ihnen ihre weitere Minierarbeit in Deutschland unterband,
das hat diese Kreise mobil gemacht. Das bolschewistische
Chaos, das über Deutschland hereinzubreden drohte, wäre
nicht auf Deutschland beschränkt geblieben. Das haben ein-
sichtige Kreise auch des Auslandes erkannt und ausdrücklich
festgestellt, daß darin das bis dahin größte Verdienst der
Regierung Adolf Hitlers liegt.

Der große Brongasandfeldzug der Deutschen Arbeitsfront.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley veröffentlicht folgenden Aufruf:

Wie bereits angekündigt, findet im Rahmen des großen Propagandasafes des Reichspropagandaministeriums gegen Hunger und Kälte ein Werbefeldzug der Deutschen Arbeitsfront statt. Unter dem Motto: „Wie gehen in die Betriebe“ darf in diesen Wochen kein Betrieb Deutschlands unberührt bleiben. Jch selbst werde im Verein mit den Führern der Gesamtverbände der Deutschen Arbeitsfront Tag für Tag unterwegs sein und erwarte, daß alle Dienststellen und Redner der Deutschen Arbeitsfront das gleiche tun. Wie wollen dem arbeitenden Menschen im Betriebe die Hand drücken. Es muß wahr werden, in diesem Winter darf kein Volksgenosse hungern und frieren. Die früheren Machthaber führen das Wort Sozialismus auf den Lippen. Wie wollen es in die Tat umsetzen. Vorwärts mit Hülfe gegen Hunger und Kälte!

Jeder Gaubetriebszellenleiter hat bis zum 1. Oktober seinen Werbefeldzugsplan bei der Reichsleitung der NSBO. einzureichen.

Der Verlauf des Feldzuges der Führung der Arbeitsfront soll sich folgendermaßen gestalten: Sonntag, 1. Oktober: Amtswalter-Appell in Stettin. 2. Oktober: Amtswalter-Appell in Königsberg. 3. Oktober: Köpen-Orlesburg-Allenstein. 4. Oktober: Amtswalter-Appell in Elbing. 5. Oktober: Schneidemühl. 6. Oktober: Große Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Kottbus. 7. Oktober: Breslau. 8. und 9. Oktober: Breslau; Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Beuthen oder Gleiwitz. 10. Oktober: Dresden. 11. und 12. Oktober: Dresden-Chemnitz. 13. Oktober: Aue-Plauen. 14. Oktober: Leipzig. 15. Oktober: Halle. 16. und 17. Oktober: Bitterfeld-Leuna-Merseburg, Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Jena. 18. und 19. Oktober: Jena-Eisenach. 20. Oktober: Salzungen-Suhl-Jella-Mehlitz. 21. Oktober: Sonneberg-Weiden. 22. Oktober: Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in München. 23. und 24. Oktober: München-Mugsborg. 25. Oktober: Heidenheim. 26. Oktober: Stuttgart. 27. Oktober: Pirmasens-Kaiserslautern-Neustadt. 28. Oktober: Worms. 29. Oktober: Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront und Amtswalter-Appell in Frankfurt am Main. 30. Oktober: Offenbach a. M. 31. Oktober: Beverungen-Röln.

1. November: Remscheid-Solingen. 2. November: Hamborn-Krefeld. 3. November: Essen-Gelsenkirchen. 4. November: Bielefeld. 5. November: Rundgebung der Deutschen Arbeitsfront und Amtswaller-Appell in Hannover. 6. November: Derlinghausen-Oberkirchen. 7. und 8. November: Hannover-Bremen. 9. November: Bremen. 10. November: Hamburg. 11. und 12. November: Hamburg, Rundgebung der Deutschen Arbeitsfront und Amtswaller-Appell in Altona.

In den angeführten Städten finden Beschäftigungen der industriellen und gewerblichen Werke sowie der Handelsunternehmungen statt.

Der Vizepräsident des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Zeleny, weist jetzt die Obermeister der gesamten deutschen Innungen und die beauftragten Handwerksführer noch einmal auf die große Wichtigkeit der deutschen Gewerkschaften hin.

werks vom 15. bis 21. Oktober hin, die unter dem Motto „Segen der Arbeitsbeschaffung im Kleinen“ steht. Die Beteiligten sollen sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit dafür einengen, daß die Werbewoche mit einem vollen Erfolg abschließt. Zu den Aufgaben für die Durchführung der Werbewoche, deren Erfüllung von den Bezirkspräsidenten erwartet wird, gehört das für das gesamte deutsche Reichsgebiet einheitliche Plakat und Abzeichen: „Deine Hand zum Handwerk“, das in jedem Laden und jeder Werkstatt zum Ausgang kommen soll. Um dem Bezirkspräsidenten des Reichsstandes eine Uebersicht über die örtliche Durchführung zu geben, wird angeordnet, daß den Handwerks- und Gewerbekammern ein Bericht einzureichen ist, aus dem ersichtlich ist, welche Maßnahmen für die örtlichen Veranstaltungen vorbereitet sind. Die Kammern sammeln diese Mitteilungen und sollen sie bis zum 25. September weiterleiten. Es wird auf das Ziel hingewiesen, daß 10 Millionen Abzeichen und eine Million Plakate verkauft werden. In diesem Zusammenhang teilt der Bezirkspräsident mit, daß dem Führer aus dem Ueberfluß der verkauften Abzeichen ein Fonds zur Verwendung für alle arbeitsunfähige Handwerksmeister und -Gesellen zugewiesen werden ist.

Vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ist dem Reichsstand des Deutschen Handwerks vollste Unterstützung für die Propagandierung der großen Handwerkswoche zugesagt worden. In der Zeit vom 1. bis zum 21. Oktober werden die Kino-Theater durch Kulturfürsine auf die große Bedeutung des Handwerkerstandes für die Gesamtwirtschaft, auf Art und Arbeit der einzelnen Berufsgruppen des Handwerks hinweisen und dem Kino-Publikum zeigen, wie wichtig es ist, wieder zum guten, soliden Handwerksmeister zu gehen. Außerdem ist geplant, durch Sonderveranstaltungen während der Werbewoche den Film „Einer für Alle, Alle für Einen“ durch die Einrichtung der Landesfilmstellen in das Volk zu tragen, um dieses Wert, das sich mit Handwerk und Gewerbe und ihrer Bedeutung für das Volksganze befaßt, werden zu lassen für deutsche Arbeit und deutschen Fleiß.

Neubesetzung wichtiger Posten.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn tagte in Berlin. An der Sitzung nahmen zum ersten Male die neuernannten Mitglieder teil. Der Verwaltungsrat beriet zuerst die Finanzlage. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind nicht merklich gestiegen, im Güterverkehr dagegen hat sich die Besserung der letzten Monate fortgesetzt. Die Auftragserteilung auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist weiter fortgeschritten und hat die Summe von 300 Millionen Reichsmark erreicht.

Mit besonderer Befriedigung nahm der Verwaltungsrat davon Kenntnis, daß es freilich unter weiteren finanziellen Opfern gelingen wird, 62 000 Zeitarbeiter, die im Herbst dieses Jahres hätten entlassen werden müssen, der Winter über bei Arbeit und Brot zu belassen. Es handelt sich hierbei um Zeitarbeiter, die zu 85 Prozent St-, Ss- und Stahlhelmformationen angehören.

Im Zuge der Maßnahmen zur Verjüngung des Personalts hat eine Reihe von leitenden Stellen neu zu besetzen. Der Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Bauabteilung in der Hauptverwaltung, Geheimer Oberbaurat Krafft, der Reichsbahndirektionspräsidenten Schumacher, Minister, Dr. Seydewitz, Hannover, Vize-Minister, Reichs-Rat, Regensburg, treten auf ihren Antrag mit Wirkung vom 1. Januar 1934 in den Ruhestand. Ihre Entbindung von den Amtsverhältnissen ist bereits für den 1. Oktober 1933 vorzulegen.

Zum Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Bauabteilung der Hauptverwaltung wurde Reichsbahndirektor Möbe, zum Reichsbahndirektor und Abteilungsleiter der Rechtsabteilung der Hauptverwaltung Reichsbahndirektor Dr. Pischel ernannt. Zu Reichsbahndirektoren und Abteilungsleitern in München wurden die Reichsbahndirektoren Dr. Friedel und Dr. Friedrich ernannt.

Zu Reichsbahndirektionspräsidenten wurden ernannt für Hannover: Direktor bei der Reichsbahn Bürger-
Münster, für München: Reichsbahnoberrat Gollwitzer
Nürnberg, für Münster: Direktor bei der Reichsbahn U-
tch-Erlurt, für Regensburg: Reichsbahnoberrat Dr.
Wehrmann-München.

Der Präsident Meyer von der Reichsbahndirektion Erfurt, der zurzeit Mitglied einer von der südafrikanischen Regierung erbetenen Kommission zum Studium der südafrikanischen Eisenbahnen ist, tritt nach Erledigung des Auftrages in den Ruhestand. Der Direktor bei der Reichsbahn L a m e r z - Köln wurde unter Ernennung zum Reichsbahndirektionspräsidenten mit der Leitung der Reichsbahndirektion Erfurt kommissarisch betraut.

Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung mit der bayerischen Staatsregierung auf Grund der bisherigen Hauptverhandlungen eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Gruppenverwaltung Bayern aufgelöst und in Zusammenhang damit die Reichsbahnorganisation in Bayern neu geordnet werden soll.

Belebung der Wirtschaft

Das Regierungsprogramm vor dem Generatrat

Der vom Reichsfürst Adolf Hitler einberufene Generatrat der Wirtschaft trat zu seiner ersten großen Sitzung in Berlin zusammen.

Außer den 17 Mitgliedern des Generatrates nahmen an den Verhandlungen teil: Reichswirtschaftsminister Schmitt, Reichsernährungsminister Darré, Reichspropagandaminister Goebbels, Reichsjustizminister Gurtner, der preussische Finanzminister Popitz, die Staatssekretäre Lammer, Funk, Feder, Koffe und Reinhardt, Reichspräsident Dr. Schacht und sein Vertreter Dr. Dreyse sowie Ministerialdirektor Ritter.

Zu Beginn der Verhandlungen untrifft, wie amtlich mitgeteilt wird, der Reichswirtschaftsminister zunächst nochmals kurz die Aufgaben des Generatrates der Wirtschaft. Der Generatrat ist nach den Wünschen der Reichsregierung als ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten gedacht, der die Reichsregierung schnell und tatkräftig zu beraten in der Lage ist. Seine Mitglieder sind daher einzig und allein nach ihrer persönlichen Eignung ausgewählt. Die Mitglieder sollen sich — darauf legt die Reichsregierung entscheidenden Wert — nicht als Vertreter bestimmter Wirtschaftsinteressen fühlen; sie sollen die Gesamtwirtschaft vertreten und der Reichsregierung als Vertreter der deutschen Volkswirtschaft beratend zur Seite stehen. Sie sollen ferner die Wirtschaft unmittelbar beraten und durch Anregungen fördern. Im Anschluß hieran gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt dem Generatrat den umfassenden

Wirtschaftsplan der Regierung

befannt. Danach hat die Reichsregierung den Generatrat im gegenwärtigen Augenblick einberufen, um mit ihm neue grundlegende Pläne zu beraten, die dem Ziele einer weiteren nachhaltigen Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands dienen. Schon jetzt ist eine fräftige Belebung der deutschen Wirtschaft unentbehrlich. Das wird besonders klar, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Zustande die Regierung der nationalen Revolution die deutsche Volkswirtschaft am Anfang dieses Jahres übernommen hat. Damals befand sich die deutsche Volkswirtschaft auf dem tiefsten Punkt, den sie seit langen Jahren, nicht nur im Verlaufe der jehigen Wirtschaftskrise, erreicht hat. Im Januar dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen über 6 Millionen. Sie ist bis heute um 2 Millionen gesunken.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hatte nach der Monatsstatistik der Krankenkassen im Januar 1933 mit 11,5 Millionen den tiefsten Stand erreicht. Heute sind wieder etwa 13½ Millionen Beschäftigte im Arbeitsprozeß. Dabei hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit beträchtlich gehoben. Die Beschäftigtenzahl steigt auch jetzt noch.

Insbesondere ist auch die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gegenüber den entsprechenden Zeiten der Vorjahre unentbehrlich. Im August dieses Jahres, um nur eine Vergleichszahl zu nennen, waren über eine Million Volksgenossen mehr beschäftigt als im August 1932. Diese günstige Entwicklung ist auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zurückzuführen.

Von den über 2 Millionen Arbeitslosen, die in den letzten 8 Monaten eingestellt wurden, verdanken allein etwa 300 000 ihre Beschäftigung unmittelbar den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost. Die große Zahl der anderen Beschäftigten verdankt ihr Dasein den Aufträgen der Länder, Gemeinden und der anderen öffentlichen Körperschaften, vor allem aber der durch die Maßnahmen der Reichsregierung wieder fräftig geförderten Initiative der Privatwirtschaft.

Ich darf gerade hier besonders hervorheben, daß der Kampf der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit sich im Gegensatz zu den früheren Arbeitsbeschaffungsversuchen nicht darauf beschränkt, durch unmittelbare Aufträge der öffentlichen Hand einigen Industriezweigen Absatz zu verschaffen; schon die seitlichen Maßnahmen haben vielmehr durch das ganz neue System der mittelbaren Arbeitsbeschaffung, durch Steuererleichterungen, Ehestandvorschriften, Bedarfsbedarfspläne, Zuschüsse für verschiedene Zwecke usw. die private Initiative auf breiterer Grundlage belebt.

Diese Maßnahmen stehen dabei erst am Anfang ihrer Durchführung, sie werden also in immer steigendem Maße Arbeitskräfte in das Erwerbsleben zurückbringen.

Ich darf hier hervorheben, daß die Reichsregierung bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft besondere Pflege hat angedeihen lassen. Bei der Förderung der Bauwirtschaft ist sie von größter Wichtigkeit ausgegangen, daß die Belebung der gesamten Wirtschaftsausflieg ist und daß die stärksten Anlässe für die Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaftsbereitnahme der Regierung durch die nationale Revolution hatte die Beschäftigung auf dem Baumarkt den Vorjahresstand weit überschritten. Diese fräftige Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in wirtschaflicher Weise fortgesetzt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird der Wert der bauseitigen Produktion im laufenden Jahre um mehr als die Hälfte größer sein als 1932. Dieser Aufschwung hat sich erfreulicherweise auch auf den Landwirtschaft mitgeteilt.

Deutschland wird in steigendem Maße durch seine heimische Landwirtschaft versorgt. Auf wichtigen Gebieten ist es schon heute Selbstversorger.

Diese Entwicklung wird sich infolge der weitgehenden Regierungenmaßnahmen zum Schutze der heimischen Produktion immer weiter fortsetzen. Aber dabei die Reichsregierung entscheidende Rolle zu spielen, geht aus den agrarpolitischen Maßnahmen der letzten Tage hervor.

Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung

Der Belebung der Wirtschaft kann das Deutsche Volk nur entnehmen, daß die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen auf dem rechten Wege ist. Alle Erörterungen und sollen das Deutsche Volk aber nicht darüber hinwegkommen, daß erst die erste Etappe der Arbeitsbeschaffung gelungen ist und daß noch ein weiter Weg bis zum Ende der Reichsregierung hat. Die Reichsregierung hat daher mit dem Generatrat der Wirtschaft neue Pläne beraten, die eine weitere organische Besserung der Wirtschaftslage zum Ziele haben. Der Ausgangspunkt für diese Pläne war nach der wirtschaftlichen Gesamtlage klar gegeben. Die unheilvolle Schrumpfung,

Deutschland und den Vereinigten Staaten vollzog, findet ihren deutschen Ausdruck darin, daß

der Aufwand für Erneuerung und Neuinvestition in der Wirtschaft auf einen geringen Bruchteil des Umfangs zurückgegangen

ist, den er vor der Krise ausmachte. Hierin haben wir die fundamentale Ursache der Krise und der Schrumpfung zu erblicken. Demgemäß muß die Wirtschaftspolitik darauf abzielen, Erneuerungsbedarf und Investitionsbedarf wieder zu wecken. Gelingt dies auch nur in einigermaßen nennenswertem Umfang, so wird

der wichtigste Schritt zur wirtschaftlichen Wiedergebunden

getan sein. Hierauf hat die Reichsregierung ihre Politik abgestellt. Wir erwarten dabei, wie ich schon hervorhob, die Gesundung der Wirtschaft auf die Dauer nicht von einer stärkeren Betätigung des Staates in der Wirtschaft, sondern von der

wieder wachsenden Initiative der Unternehmungen.

Das bedeutet aber nicht, daß der Staat untätig sein dürfte. Seine Aktivität hat sich vielmehr in erster Linie darauf zu richten, in seinem eigenen Bereich Ordnung zu schaffen. Nur so kann er verhüten, daß von der öffentlichen Wirtschaft her die private Wirtschaft neue Störungen oder Hemmungen erfährt. Darüber hinaus darf und soll er in der Depressionszeit einen Schritt weiter gehen. In dieser Zeit muß er auch das geht auf alle Erfahrungssätze zurück — im traditionellen Bereich seiner Aufgaben planmäßig Arbeiten durchführen, die entweder bisher zurückgestellt waren oder in nächster Zukunft auszuführen wären. Arbeitsbeschaffungsprogramme, die sich in diesem Rahmen halten, sind unweifelhaft rationell, da sie keine Überforderung des öffentlichen Aufwandes, sondern nur die Verlagerung dieses Aufwandes in die Konjunkturbereiche bedeuten, in der ihre Ausführung neben dem unmittelbaren Zweck noch mittelbar die bedeutungsvolle Aufgabe einer allgemeinen Belebung der Nachfrage und der Anregung der Konjunktur erfüllt.

Drei Angelpunkte Schuldenkonsolidierung — Arbeitsbeschaffung Regelung des Geldmarktes

Daraus ergeben sich klar folgende Grundlinien des Planes, den die Reichsregierung nach der heutigen Beratung mit dem Generatrat durchzuführen beabsichtigt hat:

1. Gesundung der kommunalwirtschaftlichen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und Sanierung des Haushalts durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben.
2. Energieische Weiterführung der Arbeitsbeschaffung.
3. Lösung der Frage auf dem Geld- und Kapitalmarkt.

Im Mittelpunkt dieses Planes steht die Gesundung der kommunalwirtschaftlichen. Die Reichsregierung hat ein Gesetz über die Umwandlung kurzfristiger Inlandsschulden der Gemeinden, das Gemeindefinanzierungsgezet, verabschiedet. Sie ist hierbei davon ausgegangen, daß eine Ordnung der Gemeindefinanzen auf die Dauer nicht möglich ist, wenn nicht der Schuldendienst unter gleichzeitiger durchgreifender Sanierung der Haushaltsgebarung auf eine tragbare Grundlage zurückgeführt wird. Die Reichsregierung hat auf der anderen Seite sich bemüht, dem Gesichtspunkt Rechnung zu legen, daß Eingriffe in die Rechte der Gläubiger nach Möglichkeit vermieden werden. Die Verdrückung der Gemeinden kurzfristigen die etwa 2 Milliarden Mark betragenden kurzfristigen Schulden, bilden aber ein Problem, das für die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften ernste

Gefahren in sich birgt und den Geld- und Kapitalmarkt immer wieder beunruhigt und deshalb unter allen Umständen zu einer Lösung gebracht werden muß.

Umschuldung der Gemeinden

Das Gesetz berechtigt alle deutschen Gemeinden, die bei ihren kurzfristigen Schulden Zahlungsschwierigkeiten gegenüberstehen, mit Genehmigung der obersten Landesbehörde hierbei als Mitgliedern beizutreten. Gemeinden zu erteilen, die ohne eine derartige Umschuldung ihren Schuldendienst nicht erfüllen können. Kapitalforderungen, die bereits fällig geworden sind oder die bis zum 31. März 1935 fällig werden, sind oder die gegen, zu denen auch die Forderungen der Handwerker gelehnforderungen sowie Aufwertungsforderungen, sind ausdrücklich ausgenommen. Für die kurzfristigen ausländischen Schulden bedürfte es keiner besonderen Regelung, weil sie unter das Kreditabkommen der deutschen öffentlichen Schuldner fallen.

Die Gemeinden, die Mitglieder des Umschuldungsverbandes geworden sind, dürfen jedem inländischen Gläubiger einer kurzfristigen Forderung die Umwandlung in Schuldverschreibungen anbieten. Die Schuldverschreibungen werden von dem Umschuldungsverband ausgegeben, mit 4 v. H. verzinst und vom 1. Oktober 1935 ab mit 3 v. H. jährlich erparter Zinsen getilgt. Das Opfer, das der Gläubiger erhält, ist nur ein scheinbares, denn in den Fällen, die die Gemeinde ihren Schuldendienst erfüllt. Die Erfüllung des Schuldendienstes der Schuldverschreibungen ist in jeder Hinsicht im Rückland bleiben, der Reichsminister der Finanzen die rückständigen Beträge dem Umschuldungsverband abliefern abzieht. Der Gläubiger braucht das Umschuldungsverband nachzunehmen. In diesem Falle kann er sich des Zinsanpruches gegen die Gemeinde nicht geltend machen. Die Zinsen werden unter Aufrechterhaltung des vertraglichen Zinsfußes dem Kapital zugesprochen.

Weiter wird für die Landwirtschaft eine erhebliche Entlastung vorgenommen, indem für sie die Umsatzsteuer auf 1 v. H. festgesetzt wird. Außerdem wird die landwirtschaftliche Grunderwerbssteuer ab 1. Oktober 1933 um einen Jahresbetrag bis zu 100 Millionen RM gekürzt.

Zur Förderung des Wohnungsbaues und zur weiteren neuerbauten Kleinwohnungen und Eigenheime vorgehen.

An der Arbeitsbeschaffung wird die Reichsregierung auf energische Durchführung des bisherigen Programmes bestanden sein. Im übrigen wird sie nach der Sanierung der Gemeindefinanzen es als ihre ausschließliche Aufgabe betrachten, einzelne, große, in ihrer Wirtschaftlichkeit gesicherte und nur zentral durchführbare Vorhaben, wie Autobahnen und Ferngasleitungen, mit allen Kräften zu fördern.

Wird durch diese Konsolidierung von den Gemeinden der Altpfand genommen, den außerordentlich hohen kurzfristigen Verschuldung heute darstellt, so sollen sie auf anderen Seite erfahren, daß sie weitgehend von den Wohlfahrtslasten entlastet werden. Die Entlastung ist so bemessen, daß sie zusammen mit der Zinsersparnis, die bei kurzfristigen Schuld umschulung eintritt und bei der langfristigen Verschuldung im Ziele der weiteren geplanten kapitalmarktpolitischen Maßnahmen zu erwarten ist, einen entscheidenden Schritt zur Gesundung der Gemeindefinanzen darstellt. Die Reichsregierung verfolgt hierbei die Absicht, den Gemeinden wieder die Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die sie haben müssen, um ihre wichtigen Funktionen im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu erfüllen.

Kreditverleihen für die Privatwirtschaft

Ebenso wie in der öffentlichen Wirtschaft, so soll auch auf wichtigen Gebieten der Privatwirtschaft durch großzügige Maßnahmen fördernde eingegriffen werden. Zu diesem Zweck wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, 500 Millionen RM zur Förderung von Instandsetzungs- und Erhaltungsbauarbeiten an Gebäuden, für die Teilung von Wohnanlagen und für den Umbau sonstiger Räume zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist, daß der Eigentümer das für diese Arbeiten Betrages aus eigenen oder geliehenen Mitteln für die eben genannten Arbeiten aufbringt. Die Leistung des Zinsendienstes wird ihm dadurch erleichtert, daß ihm 4 v. H. des aufgewendeten Kapitalbetrages auf die Hauszinsen angerechnet werden.

Ein Gegenstand besonderer Sorge ist endlich die Gestaltung des Kapitalmarktes, dessen Entwicklung die auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft eingetretene Besserung nicht widerspiegelt. Die Reichsbank hat bisher keine ausreichende Möglichkeit gehabt, hier helfend einzugreifen, insbesondere die ungewöhnlich starke Spannung zwischen Geld- und Kapitalmarkt zum Verhängen zu bringen und die Durchführung offensichtlich zurückgehaltener Mittel zum Kapitalmarkt wirksam anzuknüpfen.

Die Reichsbank muß die Möglichkeit erhalten, auf dem Wege über eine entkoppelnde Regelung des Geldmarktes den Kapitalmarkt leistungsfähiger zu machen, seine Funktion der Effektenbesitzer, insbesondere auf dem Gebiet der festverzinsten Werte, in die Liquiditätsfähigkeit des Kapitalmarktes zu festigen. Die Reichsbank ist entschlossen, diesen Weg zu gehen. Der gemeinsame feste Wille der Reichsregierung und der Reichsbank bietet die Gewähr dafür, daß die Reichsbank von der Erweiterung ihrer Bewegungsfreiheit und der Wahrung Gebrauch machen wird. Die vorhandenen Schritte zur Ergänzung des Bankgesetzes sind bereits eingeleitet.

Als unerlässliche Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung dieser Pläne steht es der Reichsregierung an, das Lohn- und Preisniveau in seinem Gesamtschnitt zu erhalten. Das schließt jedoch eine Auflockerung des Lohn- und Preisgefüges in vereinzelten Fällen nicht aus. Alle Maßnahmen sind auf der engen Schlußgemeinschaft zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft aufgebaut.

Die Reichsregierung hat mit den Wirtschaftsplanen ein Werk geschaffen, das alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Belebung auszunutzen versucht. Sie ist sich bewußt, daß auch dieses Werk Menschenwerk ist und nicht vollkommen sein kann. Vor allem ist sie der Überzeugung, daß das Werk ohne die tatkräftige Mitwirkung aller Schichten der großen wirtschaftlichen Not wird uns die Kraft und die Beharrlichkeit geben, die Voraussetzung für die Überwindung der heutigen Wirtschaftskrise sind.

Ebenso wie die nationalsozialistische Bewegung, die in jahrelangem Kampf oft auszusichtslos erschien, dadurch gestärkt hat, daß jeder einzelne an den Gedanken am Endziel unerschütterlich festgehalten hat, ebenso kann der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands nur gelingen, wenn jeder einzelne vom endgültigen Erfolg tiefst überzeugt ist und in diesem Gedanken die Hindernisse bekämpft, die sich auf dem Wege zum Enderfolg häufen.

Tragen Sie, meine Herren vom Generatrat, diese Gedanken in das deutsche Volk hinaus, dann ist kein Zweifel, daß das Endziel unseres gewaltigen Kampfes erreicht wird. Je stärker und positiver die große Anstrengung der Regierung von dem Willen und der Entschlossenheit aller Schichten des deutschen Volkes getragen wird, desto mehr wird es unserem Wirtschaftsleben fernzubalten und einen lebendigen Beweis dafür zu erbringen, daß auch auf dem Gebiete der Wirtschaft ohne zielbewußte Führung nicht auszukommen ist.

Nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers hat der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk nach nähere Erläuterungen von dem Gemeindefinanzierungsgezet, und Dr. Schacht sprach über die Maßnahmen auf dem Kapitalmarkt. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich fast alle Mitglieder des Generatrates in sehr ergiebiger Weise.

Reichsfürst Adolf Hitler

erschien in der Abendigung des Generatrates und nahm das Wort zu längeren Ausführungen über die Lage und die Aufgaben der Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat. Reichsfürst Adolf Hitler ging davon aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung niemals von der politischen zu trennen ist. Die Macht ist immer die Wegbereiterin der Wirtschaft. In den verflochtenen acht Monaten ist ein starkes Postament geschaffen worden, auf dem die Wirtschaft stehen und der Rahmen gegeben worden, in den sie sich einfügen kann.

Die Wirtschaft könne jetzt wieder auf lange Sicht disponieren, weil bei dieser Regierung auf lange Sicht die Befehle, daß sie morgen oder übermorgen nicht mehr da ist.

Es sind zwei Millionen Menschen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert worden. Die Reichsregierung ist sein überzeugt, daß dieser Erfolg nur dann ein dauerhafter sein werde, wenn immer wieder der Arbeitslosigkeit vorgegangen werde. Wenn es gelingt, die laienmäßige Wirtschaft, welche im nächsten Frühjahr ein neuer Generalanfang mit einem durchschlagenden Erfolg einleiten können, um dies zu erreichen, sind große und neue Maßnahmen erforderlich. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Wirtschaft habe hierbei die Erziehungsbereitschaft zu leisten, auf die es in erster Linie ankomme.

Keine kulturelle Minderentwicklung

Es galt vor allem die Ideologie der Bedürfnislosigkeit und der hygienischen Erziehung des Bedarfs, also den

Hollerbek nickte dem Mädchen freundlich zu und vertiefte sich in die Aufstellung. Er schien befriedigt zu sein.

(Fortf. folgt.)

Großkampftag am 1. Oktober

Erntedankfest und Winterhilfswerk.

Der erste Großkampftag für das vom Reichskanzler Adolf Hitler und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels proklamierte Winterhilfswerk des deutschen Volkes trifft zeitlich mit dem „Deutschen Erntedankfest“ zusammen, weil der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt und der erste Sonntag in jedem Monat unseren notleidenden Volksgenossen gewidmet sein soll.

Selbstverständlich ist auch in dem Festprogramm des „Deutschen Erntedankfestes“ der Kampf gegen Hunger und Kälte berücksichtigt worden. Ist doch der deutsche Bauer einer der Hauptträger dieses Kampfes. Im Rahmen der vorgegebenen Rundgebungen und Empfänge werden die Führer des deutschen Bauerntums dem Herrn Reichskanzler über den Kampf der deutschen Bauern gegen Hunger und Kälte Bericht erstatten. Bei dieser Gelegenheit wird der Kanzler auch die Meldungen über die von der Landwirtschaft bis zu diesem Tage aufgetragenen Lebensmittelmengen und sonstigen Spenden entgegennehmen.

Der Verkauf des Festabzeichens für den „Deutschen Erntedankfest“ (zwei Ähren mit Mohnblume) soll gleichzeitig dadurch dem Winterhilfswerk dienen, daß ein Teilbetrag des Verkaufserlöses dem Kampffonds gegen Hunger und Kälte (Postfachkonto Berlin Nr. 77100 N.S.-Volkswohlrat Reichsführung, Konto Winterhilfswerk oder das gleichlautende Konto bei der Reichsbank) zugeführt wird.

Das von Reichspropagandaminister Dr. Goebbels in seiner Ansprache anlässlich der Eröffnungsfunktion im Kampf gegen Hunger und Kälte bereits erwähnte Eintopfgericht im Höchstpreise von 50 Pfennig für jede Person soll an diesem Tage zum ersten Male auf allen Mittagstischen in Stadt und Land erscheinen. Die gegenüber anderen Sonntagsmahlzeiten ersparten Beträge sollen an den Kampffonds gegen Hunger und Kälte (Postfachkonto Berlin 77 100, Konto Winterhilfswerk) abgeführt werden.

Kampfpasche für Oktober

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat in seiner Rede vor dem Reichskanzler Adolf Hitler, dem Reichsbeirat des Winterhilfswerkes und anderen geladenen Gästen angekündigt, daß jeder Kampfmotiv unter einem bestimmten Motto stehen soll, ohne daß dadurch das Wort „Kampf gegen Hunger und Kälte“ in den Hintergrund tritt.

Für den Monat Oktober ist, anschließend an den „Deutschen Erntedankfest“ und seine eindrucksvollen Rundgebungen, als Motto des Kampfes gegen Hunger und Kälte vorgegeben: Erntedankfest des deutschen Volkes! — Jeder, der sich bemüht ist, daß ihn Gottes reichster Segen zu Dank verpflichtet, soll durch dieses Motto veranlaßt werden, das Winterhilfswerk des deutschen Volkes mit allen Mitteln und Kräften zu unterstützen.

Reform der Arbeitslosenhilfe

Land- und Forstwirtschaft herausgenommen. — Entlastung der Gemeinden.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Änderungen der Arbeitslosenhilfe beschlossen, das zunächst die Herausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei aus der Arbeitslosenversicherung bringt. Mit der Befreiung von der Versicherungspflicht entfällt für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der betroffenen Berufe die Pflicht, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen.

Bei der Erleichterung, die das Gesetz hiernach den betroffenen Arbeitnehmern bringt, muß erwartet werden, daß

diese Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer in diesem Winter weitgehend durchhalten werden. Soweit Arbeitslose dieser Berufs bis zum 30. September 1933 die Arbeitslosenversicherung der Arbeitslosenhilfe bereits erworben haben, werden ihre Ansprüche durch die Neuregelung nicht berührt. Der Begriff der Landwirtschaft ist in dem Gesetz genau umschrieben. Dabei ist die bisher umstrittene Frage, ob der Gartenbau zur Landwirtschaft zu rechnen ist, in bejahendem Sinne entschieden.

In weiteren Vorschriften wird die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe zum Teil neu geregelt. Während die Aufwendungen der Arbeitslosenhilfe bisher zu vier Fünfteln das Reich und zu einem Fünftel die Gemeinden getragen haben, fallen die Kosten der Arbeitslosenhilfe künftig der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Last.

Endlich ist die Eigenart der Gemeinden für die anerkannten Wohlfahrtsverbände für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 31. März 1934 auf monatlich 26 2/3 Millionen RM festgelegt. Durch diese Bestimmung werden die bisherigen Lasten der Gemeinden für diese Aufgaben entsprechend dem dringenden Bedürfnis der Gemeinden entlastet und, um den Gemeinden die Aufstellung eines klaren Haushalts zu ermöglichen, für die nächste Zeit fest begrenzt.

Das Gesetz soll am 1. Oktober 1933 in Kraft treten.

Die Weizen- und Roggenkelpreise

Nach den von Reichsminister Darré gemachten Mitteilungen werden die Weizen- und Roggenkelpreise (ab mäßiger Station) für das laufende Getreidewirtschaftsjahr wie folgt festgestellt:

	Roggen:	Weizen:
Oktober 1933	147 RM	182 RM
November 1933	148 "	183 "
Dezember 1933	150 "	184 "
Januar 1934	153 "	186 "
Februar 1934	155 "	187,50 "
März 1934	157 "	189 "
April 1934	159 "	191 "
Mai 1934	162 "	193 "
Juni 1934	165 "	195 "

Termingehäft in Weizen und Roggen verboten

Der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat wegen der grundlegenden Änderungen, die die neuen Agrarmaßnahmen für den Handel in Weizen und Roggen mit sich bringen, das handelsrechtliche Lieferungsgeheimnis in Weizen und Roggen an den beiden Börsen Berlin und Breslau, bei denen es bisher erlaubt war, mit sofortiger Wirkung verboten. Von dem Verbot werden auch alle außerhalb der Börse geschlossenen Termingehäfte in Weizen und Roggen betroffen.

Gegen Zuwiderhandlungen wird mit den schärfsten Maßnahmen eingeschritten werden. Dem Berliner und Breslauer Börsenvorstand sind umfassende Kontrollbefugnisse eingeräumt worden, durch die alle Verletzungen des Verbotes und ferner auch alle etwaigen Verordnungen festgestellt werden sollen. Bei Verstößen wird die Verurteilung zur Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr mit Geldstrafe verbunden sein. Selbstverständlich bleiben Geschäfte über bestimmte effektive Ware, bei denen lediglich ein späterer Abnahmetermin vereinbart ist, erlaubt.

Kelpreise für die übrige Erzeugung?

In Ergänzung des Vortrages von Reichsminister Darré erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Notwendigkeit der Kelpreisbestimmung sich angesichts der völligen Verwischung des Getreidemarktes als dringend erweisen hat. Die Durchführung dieser Bestimmung ist aber nur bei einer festen Organisation möglich, die nicht von Reich wegen, sondern ständisch verankert sein soll.

Wenn auch die Bestimmungen vorläufig nur auf Brotgetreide Anwendung finden, behalten sich die zuständigen Stellen doch die Ausdehnung auf die übrigen Erzeugungsmittel vor. Die Kelpreise sind übrigens keineswegs nur Mindestpreise, als bei besseren Qualitäten können höhere Preise vereinbart werden. Sind bei bereits bestehenden öffentlichen Kaufverträgen zwischen Erzeugern und Erbkäufem geringere als die in dem Gesetz vorgesehenen Preise enthalten, so tritt automatisch an ihre Stelle der Kelpreis.

Die Preisbestimmungen des Gesetzes sind als mögliche Station berechnet. Die Schwankungen auf den übrigen genannten Märkten werden durch das im Gesetz bestimmte sogenannte Befüllungsprinzip geregelt, über das in der noch ganz genaue Bestimmungen getroffen werden. Schon deshalb ganz scharf umfassen sein müssen, weil ansonsten die hohen Preisbestimmungen eine bis ins kleinste gehende Regelung getroffen werden muß, um Ungerechtigkeiten und Härten zu vermeiden.

Baueröffnung der ersten Autobahn

Feierlicher Arbeitsbeginn in Gegenwart des Führers. Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt, leitete in einer Pressekonferenz mit, daß am Sonntag, den 23. September, in Gegenwart des Reichskanzlers Adolf Hitler die feierliche Baueröffnung der ersten Reichsautobahn stattfinden wird.

Das Programm sieht folgendes vor: Um 7 Uhr mittags Entlassung der neuereinstellten Arbeiter aus dem Obhut des Arbeitsamtes Frankfurt a. M.; anschließend Marsch zum Börsenplatz, wo Reichsstatthalter Sprenger und Generalinspektor Dr. Todt Ansprachen halten werden. In Anbetracht dessen, etwa um 8.30 Uhr, marsch zur vor den Toren Frankfurts liegenden Autobahnstation. Um 10.15 Uhr wird Reichskanzler Adolf Hitler eintreffen und durch Reichsstatthalter Sprenger begrüßt werden. Nach der Meldung der Arbeitsbereitschaft durch den Generalinspektor wird der Vortritt des Reichskanzlers, der Reichsautobahn, Generaldirektor Dormmüller, der Führer einen Spaten zur Baueröffnung durch den ersten Spatenstich überreichen. Der Reichskanzler wird dann im Anschluß an seine Ansprache den Befehl zum Baubeginn geben.

Dr. Todt teilte mit, daß ungefähr 700 Arbeiter eingesetzt worden sind. Die Zahl der in der nächsten Zeit beschäftigten wird etwa 4000 erreichen. Es sei zu erwarten, daß in den nächsten 6 bis 8 Wochen auch die zweite Strecke, München-Salzburg, in Arbeit genommen werden könne. Im Laufe des Herbstes sei die Inangriffnahme zweier weiterer Strecken zu erwarten, jedoch im nächsten Frühjahr ungefähr 400 Kilometer im Bau sein werden.

Die Reichsführertagung des Stahlhelms

Das genaue Programm.

Für den am Sonntag in Hannover stattfindenden Reichsführertag des Stahlhelms, an dem auch der Reichsführer der SS, Ernst Röhm, teilnehmen wird, ist endgültig folgendes Programm vorgegeben:

Am Freitag, 22. September: zwangloses Zusammenkommen im Hotel Ernst-August in Hannover; Sonnabend, 23. September: Reichsführertagung des Stahlhelms; um 19 Uhr Empfang der Gäste in der Kuppelhalle; 20.30 Uhr: Großes Zapientreffen vor dem Rathaus; Sonntag, 24. September: Bis 8.30 Uhr Aufenthalt zum Führerappell; 9 Uhr: Beginn des Führerappells; Einmarsch der Fahnen, Ansprachen, Feuertänze; 10 Uhr: Abfahren der Front, Vorbereitungen zum Abmarsch.

Weizenmehl 5 Pfd. Btl. 80

Margarine	Pfd. 63 Pfg.
Cocosfett	Pfd. 60 "
Handkäse, Bodenf. 10	Stck. 35 "
Allgäuer o. R.	Pfd. 45 "
Edamer vollfett	Pfd. 80 "
Kochkäse	Pfd. Dose 38 "
Neue Erbsen	Pfd. 22 "
Neue Heller Linsen	Pfd. 30 "
Vollreis	Pfd. 22, 18, 14 "
Griesfadennudeln	Pfd. 36 "
Eierfadennudeln	Pfd. 44 "
Eierschnittnudeln	Pfd. 40 "

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh.: Siebenhausen & Deisenroth

Spangenberg

Markt

Ia. Vollfetheringe

H. Mohr.

Ia. große

Heller Linsen

H. Mohr.

Ia. neue Hellerlinsen

gut kochend empfiehlt

Karl Bender

Chorverein

"Viebertänzen"

Donnerstag Abend

1/9 Uhr

Gesangsstunde

Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Empfehle zum Besatz für Mäntel,

Plüsch u. Krimmer

billigst

Modehaus Engelhardt

Burgstr. 109.

Kleinkaliber

Schützenverein.

Sonntag morgen 8 Uhr

Übungsschießen

Leitung: Schade

Nachmittags ab 2.30 Uhr

Gasschießen

Leitung: Jascula.

Alle Freunde des Schießsports sind zu dem Gasschießen herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Salz in Säcken

H. Mohr.

Es wird beabsichtigt, die öffentliche Waagekache Georgsmarienberg Kartenblatt 1 Parzelle 165 von der Nordostgrenze des Grundstücks Krtbl. 1 Parz. 141 ab, Richtung Spangenberg, einzuziehen und zu verlegen. Der Plan liegt von heute ab 4 Wochen lang im Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aus.

Das Vorhaben wird hierdurch gemäß § 57 des Zuvorbestimmungsgegesetzes vom 1. 8. 1883 (Pr. Ges. S. 237) mit der Aufforderung veröffentlicht, Einsprüche zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen hier geltend zu machen.

Georgsm., den 20. September 1933.

Die Wegepolizeibehörde.

Klipp's Kaffee

H. Mohr.

Tonfilm-Theater Spangenberg

Sonabend u. Sonntag abd. pünktlich 8.30 Uhr



Die Drei von der Tankstelle

Außerdem:

Lorenzi-Tag

Ein Kirchtag im Gailtal in Kärnten.

Ufa-Wochenschau

Ia. frische

Bratheringe, Rollmöpse, Heringsfiletschnittchen

in Gewürzsaft

Karl Bender